

**Abonnements**  
werden dem Briefe und lassen  
bekanntem Namen entgegen-  
genommen, und zwar zum  
Vorwärts zahlbar.  
Wochenschriftspreis von:  
Mk. 4.40 für Deutschland (Postfrei  
per Brief-Post)  
Mk. 4.75 für Österreich (Postfrei  
per Brief-Post)  
Mk. 5.— für alle übrigen Länder  
inkl. Postgebühren (Kontingenz).

**Inserte**  
die bezugsfähigen Zeitstellen  
3 Pence — 25 Bl. — 30 Gr.

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
**London.**  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.  
E. Barnet, in & Co., London N. W.  
114 Kentish Town Road.  
**Verfassungen**  
gratis gegen franko  
Gewöhnliche Briefe  
nach England fallen Doppelporto.

Nr. 32. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung unserer Verträge abgeben lassen. In der Regel sollen sie auch die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Verlagsstellen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 9. August 1890.

### Zur Frage des Terminhandels.

Aus unserm Leserkreis geht uns folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme zu:

Ein fälsches Heilmittel.

Der Verfasser des Leitartikels in No. 29 des „Sozialdemokrat“ glaubt den Artikel: „Ein Schandfleck der modernen Wirtschaftsordnung“ (Terminhandel in Nahrungs- und unentbehrlichen Verbrauchsgegenständen betreffend), wegen seiner Schlussfolgerungen zu Recht und Frommen der Leser bekämpfen zu müssen. Lassen wir ihn selbst nochmal sprechen. Er sagt:

Soweit es sich um die Brandmarkung der mit diesem Zweig des bürgerlichen Wirtschaftssystems verbundenen Schwindelereien und Räuberereien handelt (nämlich des Terminhandels), ist der Artikel sehr verdienstvoll und zu unterzeichnen. Dagegen können wir nicht umhin, seine Schlussfolgerungen zu bekämpfen. Die Heilmittel, die der Verfasser vorschlägt, würden gerade in der Richtung wirkungslos, ja sogar schädlich sein, auf die es uns, als Sozialisten, allein ankommt.

Nicht im Geringsten würden die Heilmittel für uns als Sozialisten schädlich sein, wohl aber von großem Nutzen, denn es ist eine unangenehme Tatsache, daß der Staat sehr wohl im Stande ist, diesem Unfug zu steuern, wenn er nur irgend ein fünfzehn Lust dazu hätte. Es liegt lediglich in der Hand des Handelsministers, den Terminhandel an der Börse zu verbieten oder nicht zuzulassen, und damit wäre dem Terminhandel der Lebensnerv unterbunden. Die Sache wäre demnach geregelt und für uns Sozialisten auch nicht zum Schaden. Wohl ist es möglich, daß dann das Geschäft privatim weiter betrieben würde; aber niemand würde sich mehr darum kümmern, der Terminhandel würde an Bedeutung verlieren und für die Produzenten und Konsumenten nicht mehr maßgebend sein.

Der Verfasser führt nun in seiner Entgegnung weiter an: „Der Terminhandel ist eine durchaus natürliche Folge des bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Entziehung fällt zusammen mit der Entziehung und Vervollständigung der modernen Verkehrsmittel und des Verkehrsweins überhaupt. Er ist zunächst weiter nichts, als eine erleichterte Form des Waarenverkehrs.“

Zugegeben, daß der Terminhandel eine natürliche Folge des heutigen bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, so kann doch nicht behauptet werden, daß der Terminhandel eine Erleichterung des Waarenverkehrs ist.

Der Terminhandel, oder richtiger gesagt: der Waarenhandel auf eine bestimmte Zeit ist und bleibt ein Schwindel und kann daher keinesfalls als Erleichterung des Verkehrs gelten.

Nun gibt der Verfasser eine Erklärung, daß der Großkaufmann sein Getreide zum Beispiel aus allen Weltgegenden bezieht und die große Masse der Bevölkerung ein Interesse daran hat, den Import zu erleichtern.

Ganz recht, die große Masse hat ein Interesse daran, daß der Import erleichtert wird — aber dazu trägt keineswegs der Terminhandel bei. Der Terminhandel in Produkten ist durchaus nicht eine notwendige Einrichtung, um den Weltverkehr zu erleichtern. Gerade das Gegenteil läßt sich annehmen. Steigt zum Beispiel eine gute Ernte in Aussicht, so drückt der Spekulant die Preise dermaßen herunter, daß sich der Produzent sagt: zu solchen Spottpreisen kann ich mein Getreide nicht abgeben und wartet eine günstigere Gelegenheit ab. Kommt sie nicht, so ist er gezwungen, noch billiger zu verkaufen als er seinerzeit hätte verkaufen können, und die logische Folge ist, daß der Produzent in seiner Heimat die Arbeitslöhne noch mehr drückt. Ob nun der Spekulant sein gekauftes Getreide wieder verkauft oder nicht, bevor er es gesehen hat, kann für die konsumierende Masse gleichgültig sein.

Nun heißt es im Leitartikel des „Sozialdemokrat“ weiter:

„Ob bei diesen Geschäften Spekulant Meyer den Spekulant Schulze über's Ohr haant, ob Ditsch bankrott macht und Cohn einen fetten Gewinn einfaßt, kann für das große Publikum gleichgültig sein. Die Frage ist vielmehr, welches ist die volkswirtschaftliche Wirkung derselben? Der Verfasser des zitierten Artikels meint: eine Schädigung des konsumierenden Publikums. Das ist aber nicht richtig. Eine solche kann zeitweilig eintreten und ist auch schon eingetreten, im Großen und Ganzen hat das konsumierende Publikum von diesen Vorgängen nicht zu leiden.“

Zunächst, es ist auch ganz gleich, ob Spekulant Meyer oder Schulze gewinnt, aber die Wirkung dieser Spekulation ist der konsumierenden Masse durchaus nicht gleich, weil sie eine große Schädigung für sie ist und bleibt. Wenn nun der Verfasser sagt: Das ist nicht richtig, so ist hierauf zu entgegnen, daß es sehr wohl an dem ist, und daß einzig und allein das konsumierende Publikum derjenige Teil ist, der unter diesen Börsen-Mandieren zu leiden hat.

Wohlgemerkt, der Verfasser des fraglichen Artikels nicht, was die Schuld war, daß die Weber von Greiz und Wera bei dem Streik unterlagen? Es soll zum Schluß versucht werden, dieses nachzuweisen.

Nun kommt das Beste.

„Im Gegenteil. Der Terminhandel hat im hervorragendem Maße mit dazu beigetragen, Thenerungen durch Aufkäufe zu erschweren. Die Käufer leben sich heute ganz anders Möglichkeiten der Durchkreuzung ihrer Pläne ausgesetzt, als in früheren Zeiten. Die Tendenz, die dem Handel im Allgemeinen innewohnt, eine Ausgleichung der Preise herbeizuführen, wird durch den Terminhandel noch gesteigert.“

Das ist ja das reine Non plus ultra. Der Terminhandel hat noch nie dazu beigetragen, Thenerungen durch Aufkäufe zu erschweren oder zu verhindern. Der Terminhandel hat mit dem effektivsten Geschäft absolut nichts zu thun. Die Käufer und Verkäufer stehen nur auf dem Papier und es werden Waren nur in den seltensten Fällen angekauft. Und weil der Terminhandel weiter nichts ist als Spekulation, so kann er große Aufkäufe nicht verhindern. Mäßen alle Verkäufe angekauft, d. h. die Waare geliefert werden, so könnte nur einzig und allein der Produzent an der Börse verkaufen und der Großkaufmann würde alles abnehmen und somit durch den Terminhandel die Waare an sich ziehen. Demnach (V. Red.) will gerade der Terminhandel Thenerungen hervor.

Auf den übrigen Inhalt des Artikels weiter einzugehen, ist überflüssig, nur soll für dieses Mal der Terminhandel in Zusammenhang und seine Schäden für die gesamte Industrie nicht unerwähnt bleiben. Bekanntlich wurde der Terminhandel für deutschen Kamming in Ende des Jahres 1888 in Antwerpen etabliert. Später folgte Tourcoing, Roubaix und am 2. Januar 1890 Leipzig.

1889 wurden in Deutschland in den Kammereien circa 15 Millionen neu Kammgarn produziert, während im Termin allein über 60 Millionen Kilo gehandelt wurden. Von diesen 60,000,000 kamen circa 500,000 Kilo zur Andienung, d. h. welche abgenommen wurden. Das übrige Quantum wurde von den Kammgarnspinnereien direkt gekauft, also ohne Vermittlung des Terminhandels. Seit diesem Jahre hat sich, wie ja schon bemerkt, Leipzig hinzugesellt; und glücklich hat man es so weit gebracht, daß allein in diesem Jahre das Kilo Kammgarn eine Mark im Preise zurückging.

Einzig und allein ist dies nur durch das Termingeschäft hervorgerufen worden. Die Spekulanten verkauften Unmengen. Die Spinner und Weber sowie Detailisten verhielten sich reserviert, kauften nicht, und so kam es, daß die Textil-Industrie bis dato sehr schlecht ging und etwa 200,000 Arbeiter beschäftigungslos wurden. Wenn auch nicht für die ganze Zeit, so gab es doch fast keine ganze Arbeitswoche für den Proletariat. Natürlich spielte die Hülfs-Bill eine große Rolle, und die Arbeiter waren und sind die Geschädigten.

Als ein wichtiger Punkt für die richtige Beurteilung des Terminhandels verdient noch der Streik der Greiz-Weber hervorgehoben zu werden und zwar nur soweit, als er mit dem Termingeschäft zu thun hat. Sofort bei Ausbruch der Arbeitseinstellung wurden die Preise 25 Pf. pr. Kilo herabgedrückt. Eine weitere Folge war, daß die Detailisten noch viel stütziger wurden und mit ihren Bestellungen noch mehr zurückhielten. Die Wollenshopper beorgten das Uebrige, die Greiz-Weber Fabrikanten hatten keine Aufträge, sie brauchten ihre Stühle nicht stehen zu lassen, weil die Arbeiter streikten, und die Weber unterlagen nach 4 Wochen mit allen Regeln der Kunst. Die Sozialdemokratie hat also wohl die hohe Aufgabe, den Terminhandel, sei es in Nahrungsmitteleinzelhandel, zu bekämpfen, weil er für die arbeitende Bevölkerung nur schädlich ist.

Wird der Preis durch den Spekulanten im Termingeschäft künstlich in die Höhe getrieben, so hat der arme Mann, also der Konsument, dies zu bezahlen. Wird der Preis hingegen wieder herabgedrückt, so bekommt der Konsument die Waare nicht billiger! Das ist die Logik des Terminhandels. Also fort mit dem Terminhandel, diesem Wucherergeschäft. Er bedeutet weiter nichts als eine Ausbeutung des Volkes.

Der Kürze halber lassen wir die Antwort gleich in dieser Nummer folgen.

Im Allgemeinen stellt der Einsender unseren Ausführungen über den Terminhandel nichts als Behauptungen gegenüber, denen jede Spur eines Beweises fehlt. So z. B. hat er auf den Satz, daß der Terminhandel eine erleichterte Form des Waarenverkehrs ist, nichts als die Erwiderung: „Der Terminhandel ist und bleibt ein Schwindel“. Ja, das kann man gefälligst vom Handel im Allgemeinen gleichfalls sagen, und hat es auch gesagt. Wir erinnern nur an Benjamin Franklins berühmten Ausspruch: „Handel ist Prellerei“. Es ist Franklin aber nicht eingefallen, deshalb den Handel verbieten zu wollen. Und obgleich wir dessen nicht ganz sicher sind, wollen wir auch vom Einsender annehmen, daß seine polizeilichen Gelüste soweit nicht gehen.

Das einzige thatsächliche Beispiel, das er für die Gemeenschädlichkeit des Terminhandels anführt, ist die Behauptung, daß derselbe Schuld sei an dem Streik der Greizer Weber, bzw. der Niederlage derselben. Angenommen, daß das richtig ist, was aber aus seiner Darlegung nicht hervorgeht, was wäre damit bewiesen? Hat es nicht Streiks in der Kammgarn-Industrie gegeben, ehe der Terminhandel in ihren Artikeln aufkam, und sind nicht schon früher Streiks der Arbeiter dieser Industrie verloren worden? Warum nicht gleich alle Neuerungen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, die verlorene Streiks herbeiführten, polizeilich verbieten lassen? Das wäre wenigstens logisch. Freilich wäre es deshalb noch nicht sozialdemokratisch, wohl aber echt jänflicherisch.

Die ganze Argumentation des Einsenders ist von dem Geist der Hülfserei durchdrungen. Weit entfernt, zu läugnen, daß der Terminhandel zeitweilige Schädigungen des konsumierenden Publikums zur Folge haben kann, haben wir das in unserm Artikel ausdrücklich hervorgehoben. Und was vom konsumierenden Publikum gilt, gilt natürlich auch von den Produzenten. Am meisten freilich in der ersten Zeit der Einführung des Terminhandels in der betreffenden Branche, wie überhaupt alle Neuerungen nicht ohne große Unzuträglichkeiten für die Einzelnen sich zu vollziehen pflegen. Das liegt in dem Wesen des bürgerlichen Wirtschaftssystems und wird erst aufhören, wenn an Stelle desselben das sozialistische getreten ist. Bei allem Mitgefühl für die Betroffenen müssen wir Sozialdemokraten, als eine Partei des gesellschaftlichen Fortschritts uns deshalb davor hüten, in das Geschrei einzustimmen, mit dem die reaktionären Utopisten sofort bei der Hand sind: Hilf Strafgesetz! Hilf Polizei!

Man wird uns gewiß nicht Hineinigung zum Anarchismus nachsagen, aber die Tendenz, bei jeder Gelegenheit den Polizeistaat heraufzubeschwören, haben wir von jeher bekämpft, und werden wir stets bekämpfen. Wenn der Staat, wie der Einsender im Anfang seiner Zuschrift meint, den Terminhandel unterbrechen soll, weil er ihn unterdrücken kann, nun, dann läßt sich mit derselben Logik auch die Unterdrückung der Streiks und Boykotts rechtfertigen. Denn was sich gegen den Terminhandel vorbringen läßt, läßt sich auch gegen sie in's Feld führen.

Der Terminhandel ist keineswegs Etwas so willkürliches, wie der Einsender meint oder doch hinstellt. Je länger er in einer Industrie besteht, um so mehr lernen alle Beteiligten, sich darauf einzurichten. So führt er nach und nach zu einer Ausgleichung der Preise — viel wirksamer, als es der feste Dandel thut. Ausgleichung der Preise heißt aber Ausgleichung der Produktionsverhältnisse, und diese Ausgleichung findet statt

in der Richtung der Vervollständigung der Produktionstechnik. Wohl läuft auch nebenbei die Tendenz der Herabdrückung der Löhne, aber erstens wohnt diese Tendenz überhaupt der modernen Produktionsweise inne, und die Verlangsamung des Prozesses heißt nicht seine Verhinderung, zweitens aber heißt niemand die Arbeiter, der Sache mit verschärften Armen zuzufehen. Im Gegenteil, sie ist eine erneuerte und verstärkte Mahnung an sie, sich zum Widerstand zu organisieren. Nicht Polizei, Polizei, Polizei, sondern Organisation, Organisation, Organisation muß ihr Schicksal sein. Hätte den Greiz-Weber Arbeitern eine wirklich kampffähige, nicht erst in der letzten Minute in's Leben gerufene Organisation zur Seite gestanden, so wäre der Ausgang des Streiks vielleicht doch ein anderer gewesen.

Werfen wir von Deutschland, wo der Terminhandel in Industrieprodukten ziemlich neu ist, unsern Blick nach England, wo er schon lange besteht, so stellt sich uns ein anderes Bild dar. Gerade vor einem Jahre spielte sich in den Textilbezirken des Nordens eine Bewegung ab, die als typisches Gegenstück des vom Einsender gewählten Beispiels gelten kann. Wir meinen den Liverpooler Baumwollentwurf und dessen Befiegung durch die organisierten Arbeiter. In Liverpool, dem Zentralplatz des Baumwollentwurfes, hatte ein Spekulantenring unter Führung eines reichen Holländers, Namens Steenstrand, alle verfügbare Baumwolle aufgekauft und eine riesige Preistreibe in Szene gesetzt. Aller Widerstand der einzelnen Fabrikanten oder Fabrikantengruppen dagegen hatte sich als wirkungslos herausgestellt. Eine stramme, einseitige Aktion gegenüber den Spekulanten war nicht durchzuführen, weil die Konkurrenzinteressen unter den Fabrikanten ihr im Wege standen. Aber die Spinner und Weber von England haben vortreffliche Organisationen und in ihrer Noth wandten sich die Fabrikanten an diese, an die früher so gehäßten Gewerkschaften, mit der Bitte, sie — die Fabrikanten — doch im gemeinsamen Interesse gütigst zu geschlossenem Handeln zu zwingen. Die Arbeiter, die wohl sahen, daß hier wirklich ihr Interesse mit dem der Fabrikanten gegen die Spekulanten ging, willigten ein, und an ihrer bloßen Drohung scheiterte der saubere Plan des Herrn Steenstrand. In 24 Stunden war sein Baumwollen-„Ring“ gebrochen. Er konnte von Glück sagen, daß er überhaupt noch mit heiler Haut davon kam.

Wir sind gewiß keine Selbsthilfler, aber der in Deutschland herrschenden Sucht, bei jeder Gelegenheit den Staat als Retter anzurufen, müssen wir denn doch ganz energisch entgegen treten. Sie ist eine Schwäche, die in ihren Konsequenzen zur Enttönerung der Arbeiterbewegung führen würde. Die Proletarier müssen die Staatsgewalt erobern und sich ihnen dienbar zu machen suchen, aber sie dürfen mit ihr keinen Kultus treiben, nicht auf sie als den Schöpfer und Spender alles Guten blicken. Schließlich hängt ihre Befreiung doch von der Kraft ab, die sie selbst zu entfalten im Stande sind. Der Emanzipationskampf des Proletariats erfordert Männer, selbstbewußte, entschlossene Kämpfer, keine versippten Philister, von denen Deines Wort zutrifft: wenn ihrer zwölf zusammen sind, bilden sie ein Duzend, und wenn sie dann einer anfällt, rufen sie nach der Polizei.

„Fort mit dem Terminhandel, diesem Wucherergeschäft. Er bedeutet weiter nichts, als eine Ausbeutung des Volkes“ — schließt der Einsender. Schön. Nehmen wir an, der Staat schaffe den Terminhandel wirklich „fort“, es dürfte nur „effektive Waare“ gekauft und verkauft werden. Glänzt er, daß die Lage der Arbeiter als Konsumenten wie als Produzenten auch nur um einen Deut gebessert würde, daß sie alsdann weniger bewuchert oder weniger ausgebeutet würden, daß nicht nach wie vor die Produktion abhängig wäre von den Schwankungen des Marktes, der Preis von den Produktionskosten? Venor er uns das nicht beweisen kann, wird er uns nicht dazu bringen, in seinem Ruf etwas anderes zu erblicken, als eine — natürlich unbewußte — Unterstützung der Hülfserei. Der sozialistische Ruf heißt: Fort mit Wucher und Ausbeutung! Bergesellschaftung des Handels und der Produktion. Der Terminhandel ist ein weiterer Schritt dazu — es lebe der Terminhandel!

### Organisations-Entwurf für die sozial-demokratische Partei Deutschlands.

Folgendes ist der von der Reichstagsfraktion angeordnete Organisations-Entwurf, der hiermit den Genossen zur Verfügung unterbreitet wird. Wir behalten uns vor, auf Einzelheiten desselben später zurückzukommen.

**Parteiorganisation.**  
§ 1. Parteiorgane sind alle Personen, die das Parteiprogramm anerkennen und die Partei dauernd materiell unterstützen.  
§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen das Parteiprogramm oder christlicher Handlungen schuldig gemacht hat, oder der Partei dauernd die materielle Unterstützung verweigert.  
Nieder die Zugehörigkeit zur Partei oder den Ausschluss aus derselben

\*) Siehe den Artikel von Friedrich Engels „Die Abbankung der Bourgeoisie“ in No. 40 des „S.D.“ vom vorigen Jahre.

entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Parteiorde oder Reichstags-Wahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an den Parteivorstand (§ 13) und den Parteitag (§ 7 u. f.).

**Vertrauensmänner.**

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteizustände einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen; besteht dagegen der Wahlkreis aus mehreren Orten, so kann für jeden Ort ein Vertrauensmann gewählt werden.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt in der Regel alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorangegangenen allgemeinen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstige eine Vakanz ein, so haben die Genossen umgehend eine Remuneration vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 dem Parteivorstand Mitteilung zu machen.

**Parteitag.**

§ 6. Alljährlich einmal findet ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einberufen ist.

Der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß der Parteivorstand mit der Reichstagsvertretung hierüber sich verständigen.

§ 7. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Besichtigung des Parteitages ist mindestens dreimal in Zwischenräumen von je 2 Tagen zu wiederholen.

Änderungen der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind binnen 14 Tagen, vom ersten Tage der Veröffentlichung der Einberufung an gerechnet, bei dem Parteivorstand einzubringen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Eröffnung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

Änderungen der Parteigenossen, die später als 14 Tage vor der Abhaltung des Parteitages bei dem Parteivorstand eingehen, können nur dann auf dem Parteitag herbeiführen werden, wenn mindestens 15 Vertreter sich dafür erklären. Dasselbe ist der Fall mit selbständigen Anträgen, die während der Verhandlungen des Parteitages eingebracht werden.

§ 8. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

- 1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf;
- 2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;
- 3. die Mitglieder des Parteivorstandes.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und des Parteivorstandes haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 9. In den Aufgaben des Parteitages gehören:

- 1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten;
- 2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
- 3. Die Wahl des Parteivorstandes;
- 4. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 10. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

- 1. durch den Parteivorstand;
- 2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
- 3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen und durch die Namensunterschriften von mindestens 10,000 Parteigenossen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einen Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzubringen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 11. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Jur. Angelegenheiten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7-9).

**Parteivorstand.**

§ 12. Der Parteivorstand besteht aus fünf Personen und zwar aus einem Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassier und einem Beisitzer.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzetteln und auf Grund absoluter Stimmenmehrheit. Erhält ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit, so erfolgt

engere Wahl zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, § 13. Der Parteivorstand besetzt die Kassen und seiner Mitte und hat keine Konstitution im offiziellen Parteiorgan anzunehmen.

Die Mitglieder des Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben setzt der Parteivorstand in Uebereinstimmung mit der Reichstags-Fraktion fest.

§ 14. Der Parteivorstand leitet die Parteigeschäfte; er beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über seine Thätigkeit Bericht. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorde.

§ 15. Eintretende Vakaturen im Parteivorstand werden durch eine Ergänzungswahl, welche die Reichstags-Fraktion vorzunehmen hat, behoben. Bei der Abstimmung entscheidet die einfache Majorität.

**Kontrolle.**

§ 16. Die Überwachung der Geschäftsleitung des Parteivorstandes wird durch die Reichstags-Fraktion ausgeübt.

Die Fraktion erhebt zu diesem Behufe einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuss, von welchem alle dem Parteivorstand betreffenden Beschlüsse zu prüfen und zu entscheiden sind.

§ 17. Die Fraktion hat das Recht, jederzeit Einsicht in die Akten und Geschäftsbücher des Parteivorstandes zu nehmen und Auskunft über seine Handlungen zu verlangen.

§ 18. Vorstandsmitglieder, welche sich grobe Pflichtverletzungen zu Schulden kommen lassen, können durch die Fraktion von ihrer Stellung entbunden werden. Dadurch notwendig gewordene Ergänzwahlen finden nach den Vorschriften des § 15 statt.

Den Vorstandsmitgliedern steht gegen ihre Abhebung das Recht der Berufung an den Parteitag zu.

**Parteiorgan.**

§ 19. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

**„Vorwärts“**

**Berliner Volksblatt**

Central-Organ der sozial-demokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theiles zu veröffentlichen.

**Änderung der Organisation.**

§ 20. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Veränderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 7 und 11 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangt.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 1/3 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

**Sozialpolitische Rundschau.**

London, 6. August 1890.

— Aus Deutschland, den 1. August, wird uns geschrieben:

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion, der naturgemäß die Leitung der Partei unter dem Ausnahmestande anfallen wird, hat jetzt die Einleitung zum Parteitag beschlossen. Wir haben denselben in voriger Nummer veröffentlicht. (Red. d. S. D.) Derselbe wird am 12. Oktober zusammengetreten. Von dem ursprünglichen Gedanken, den Kongress unmittelbar nach Eröffnung des Reichstages zusammenzusetzen zu lassen — also am 1. Oktober —, mußte man aus Zweckmäßigkeitsgründen absteigen — bei dem Welt der Unterdrückung, welcher die deutsche Partei von jeher ausgezeichnet hat, und welcher unter der Herrschaft des Schandgesetzes noch künstlich zu tiefenhaltigen Umsägen groß gezogen worden ist, läßt sich nicht erwarten, daß die Wahl von Kongressdelegierten vor dem 1. Oktober — wenigstens in vielen Gegenden — angeht sich würde vollziehen können. Und um nun eine möglichst gleichmäßige und vollständige Vertretung der Partei auf dem Kongress zu ermöglichen, hat man sich deshalb dahin geeinigt, einige Zeit nach dem 1. Oktober für die Wahlen offen zu lassen.

Die Tagesordnung des Kongresses ist so, wie sie den Verhältnissen nach sein mußte, und schließt sich den Tagesordnungen früherer Kongresse ziemlich genau an. Abgesehen von den notwendigen Redensarten, bildet die Organisationsfrage natürlich den Hauptpunkt der Verhandlung.

Als Unterlage wird ein Organisationsplan vorgelegt, der von der Fraktion ausgearbeitet, und nach reichlicher Durchberatung schließlich einstimmig angenommen worden ist. Dieser Plan, welcher im Laufe der nächsten Woche veröffentlicht wird, (siehe unsere heutige Nummer Red. d. S. D.) bewegt sich durchweg — wie das übrigens selbstverständlich ist — auf demokratischem Boden und lehnt sich, so weit das zu machen war, an die frühere Organisation der Partei an, wie sie vor dem Schandgesetz bestand. Den veränderten Verhältnissen entsprechend, müßten aber auch viele Veränderungen vorgenommen werden. Der Organisationsentwurf bildet die denkbar schlagendste Widerlegung des recht albernen Wurdens, die Parteileitung

heit der Menschen durch Gesetze, Verordnungen und Verfügungen zur Anerkennung eben dieser Ordnung gezwungen werden. Und wer zählt die Gesetze alle, welche gemacht wurden behufs Erhaltung des Bestehenden, die Verordnungen, die das ganze Leben regeln von der Wiege bis zum Grabe? Ueberall hatten sie uns entgegen; in den Schulräumen und auf öffentlichen Plätzen und Anlagen, in der Fabrik und in der Kaserne. Hier im Justizhaus ist in der Hausordnung das ganze Lebensprogramm der Sträflinge enthalten. Sie gilt als Richtschnur für die Sträflinge sowohl wie für die Beamten.

Nach der Hausordnung hat der Zuchthausling sich Morgens beim ersten Glockenläuten (im Sommer um 7, in den Wintermonaten um 6 Uhr) zu erheben, anzukleiden und Körper und Seele zu reinigen, dann, beim zweiten Läuten, um 8 bzw. 6 Uhr sofort die Arbeit zu beginnen.

Rechtens ist, daß bei der großen Zahl der Bediente — und was ist der Hausordnung noch nicht alles verboten! — keine bestimmten Strafen festgesetzt sind. Es heißt immer nur: wird bestraft, wird nicht geduldet, wird streng gehandhabt, oder hartweg: ist verboten. Was ein Sträfling erfahren, was für eine Strafe auf irgend einer verbotenen Handlung ruht, so muß er erst die Probe machen.

Die Sprache, dieses schwer erzwungene Gut des Menschengeschlechtes, ist verpönt. Wie freut sich die Mutter, wenn es ihr nach möglichster Nähe gelang, ihrem kleinen Liebling einige Worte oder einige lustige Worte zu entlocken! Und hier ist die Sprache verdammt, abzuwecken, demüthigen, ein rühmendes Organ des Menschen zu werden.

Alles, was dem Mensch zum Menschen, was das Leben lebenswerth macht, ist dem Zuchthausling genommen. Er hat keinen Willen, kein Bestimmungsrecht mehr, und wohl dem, der es bis zum glücklichsten Automaten bringt. Aber so lange die Kassa besteht, ist es noch keinen Sträfling gelungen, die Hausordnung voll und ganz zu befolgen; es ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Selbst ein Mensch, taub und stumm, wäre nicht im Stande, alles zu erfüllen oder zu unterlassen, was sie vorschreibt. Ist so ein Zuchthausling nicht zugleich blind, so wandelt ihn wohl einmal die Luft an, von der Perspektive seines Fensters aus sich die Welt zu betrachten, und wenn er dabei in den Gesichtskreis eines im Hofe auf und abgehenden Jüngers des Mars kommt, so muß er eben auch daran glauben. Wohl gibt es Sträflinge, welche sehr wohlthätig von Disziplinarrufen verschont bleiben, oder nicht, weil sie die Hausordnung befolgen, sondern weil sie infolge einer Reihe glücklicher Zufälle oder anderer Umstände nicht gemeldet wurden. So verhielt sich B. Schneider Feldmann seine 2 Jahre ohne eine Disziplinarrufe, und doch verlor er mehr gegen die Hausordnung, als wir anderen Sträflinge präsumieren können. Man konnte mit ihm reden, ohne beschließen zu müssen, beim Gertappen angeht zu werden. Die Kasseherren mit dem Feldmann zu thun hatte, waren seine Privatfaublen; er machte für sie Kleider.

funde die Partei zu verewaltigen, strebe nach Diktatur, unterdrückt die Freiheit der Meinungsäußerung — und was solcher Kinderlein und Gemeinheiten mehr sind.

Jedenfalls erwartet den Kongress eine tüchtige Arbeit. Man würde sich jedoch täuschen, wenn man glauben wollte, die Hauptbedeutung des Parteitages liege in den zu fassenden Beschlüssen. Die Beschlüsse werden unbedingt so ausfallen, wie es das Interesse der Partei mit sich bringt, allein heilsame Beschlüsse können auch ohne Kongress zu Stande kommen. Das, worin zu allen Zeiten die Hauptbedeutung der Parteikongresse bestanden hat, das ist der persönliche Verkehr: daß die Genossen sich gegenseitig kennen lernen und daß durch innigen Gedankens- und Gefühlsaustausch ein unzerstörbares Band geschaffen wird, wie schriftlicher Verkehr es niemals zu schaffen im Stande ist.

Diesmal wird dieses Moment sich doppelt heilsam erweisen, weil in den letzten 12 Jahren der persönliche Verkehr der Genossen durch das Schandgesetz vollständig erschwert war. Da muß Manches nachgeholt werden und manches Mäherständnis und Vorurtheil, das im Laufe der Schandgesetz-Jahre erzeugt worden ist, wird durch ein brüderliches Wort, durch einen warmen Händedruck im Nu beseitigt werden.

Ich müßte mir selbstverständlich nicht an, den Verhandlungen des Kongresses vorgreifen zu wollen oder zu können, aber soviel scheint mir gewiß, daß — abgesehen von dieser Aufgabe des Kongresses — dessen Thätigkeit vorwiegend praktischer und nicht theoretischer Natur sein wird. Es gibt reichlich Wissen in diesem Augenblicke keine theoretische oder prinzipielle Frage von irgend welcher Erheblichkeit, über welche Meinungsdivergenzen in der Partei beständen. Gerade für die Erörterung solcher Fragen war die Aera des Schandgesetzes eher günstig. Die Frage der parlamentarischen Arbeit ist, und überhaupt der politischen Stellung der Partei ist so gründlich durchdiskutiert und nach allen Richtungen hin so gründlich geklärt worden, daß in der neuen Fraktion, die doch wahrhaftig ein möglichst genaues Bild der Gesamtpartei bietet, von der Theorie in die absolute Einigkeit herrschte. Und was streng theoretische Fragen angeht, nun, so sind dieselben an sich nicht Sache des Kongresses, den sie hauptsächlich wohl nur in der Form der Programm-Revision beschäftigen werden. Inwiefern auch hier sind Gegenstände und Streitpunkte überhaupt nicht vorhanden. Die Mangelhaftigkeit des Parteiprogramms wird von Niemand geleugnet; für den kassalischen Vorschlag erwärmt sich kein Sozialdemokrat mehr, und daß unsere „näheren Forderungen“ vielfach durch die Zeit überholt worden sind, wird allgemein zugegeben. Allen Jedermann sagt sich auch, daß die Partei, während sie den Kampf gegen ihre vereinigten Feinde auf Leben und Tod führte, nicht in der Verfassung war, sich einer Programm-Reform zu widmen, die ruhige Erwägung und Berathung bedurfte. Was auch immer der Kongress in dieser Beziehung beschließen mag, die Geister werden nicht heftig aufeinanderstoßen, die Gemüther sich nicht erhitzen.

Deito eifriger wird man die praktischen Fragen in die Hand nehmen. Mit dem Aufhören des Schandgesetzes beginnt eine ganz neue Lage für die Partei. In die Zeit vor dem Schandgesetz einfach anzuknüpfen, das geht nicht, weil die Partei in diesen 12 Jahren so riesig gewachsen ist, daß das damalige Gewand nicht mehr für sie paßt. Außerdem haben sich den Behörden und den anderen Parteien gegenüber andere Verhältnisse herausgebildet, die eine veränderte Praxis bedingen.

Inwiefern auch die zu erledigenden politischen Fragen werden vorwiegend keine erregten Debatten veranlassen. Ja, wenn man den gegenwärtigen Mäthern glauben wollte, welche die sozialdemokratische Partei als eine Art Abdergubne hinstellen, in der einige ehrgeizige (mit dem Arbeiterthum gleichzeitigen) „Kongressoren“, „Diktator“ leben wollen und von einem Schwarm langweiliger „Agitatoren“ bekämpft werden, die ebenfalls die Feinde der Diktatur“ und des Gemüthverderbens kosten wollen — wenn man das glaubt, dann freilich muß man Nord und Todtschlag erwarten. In Wirklichkeit liegt aber auch auf praktischem Gebiet kein ernsthafter Differenzpunkt vor. Daß die sozialdemokratische Partei eine demokratische Organisation haben muß, versteht sich für jeden Sozialdemokraten ein und für alle — an eine Diktatur in normalen Zeiten kann kein Mensch denken, der im Besitz seiner geistigen Sinne ist, und wer den Männern, die während der letzten zwölf Jahre die Partei durch die Klippen und Stürme des Schandgesetzes hindurchgeführt haben — und gewiß nicht zum Nachtheil der Partei — wer diesen Männern Diktatorgehalte zutrauen möchte, würde nur einen Beweis kümperhafter Psychologie und niedriger Wesenung liefern. Und ich bezweifle sehr, ob ein Delegirter, von dem zu erwarten ist, daß er derartige Beschuldigungen erheben will, auf den Kongress gewählt werden wird. Und geschähe es — je nun, so wäre das auch kein Unglück. Er würde sich bald überzeugen, daß der sozialdemokratische Parteikongress kein angenehmer und kein passender Aufenthaltsort für Leute seines Gleichen ist.

Genug, die Gegner, welche der frommen Überfüllt leben, die Sozialdemokraten würden sich auf dem Kongress unter sich versöhnen und womöglich gleich der Drahtenheit des Kobalts einander bis auf den letzten Mann abklopfen, werden eine grausame Enttäuschung erleben: und alle diejenigen Elemente — nennen sie sich wie sie wollen — die auf den Zerfall der Sozialdemokratie“ spekulieren, werden zu ihrem großen Leidwesen dahinter kommen, daß sie die Rechnung ohne die Wirth gemacht haben — das heißt ohne das deutsche Proletariat.

— Auf der schiefen Ebene geht es schnell bergab — Bismarck ist logar bis zu den Dreizehner Nachrichten“ angelangt. Es gibt Blätter, die nach gewissen Richtungen hin dieses Blatt vielleicht im Schilde noch überreifen, als Ganzes genommen ist es jedoch die erbärmlichste Zeitung, die in Deutschland — und das will gewiß

Durchschnittlich haben sich täglich 12-18 Mann wegen Disziplinargerichten zu verantworten. Das am Meisten vorkommende Vergehen ist das Sprechen der Sträflinge untereinander; es wird mit 1-7 Nächten Entziehung des Bettes oder eben so vielen Tagen Dunkelzelle bestraft. Dasselbe gilt vom Hinansprechen aus dem Fenster, überhaupt von allen kleineren Vergehen. Für „Faulheit“, wenn der Sträfling das ihm aufgegebenen Bestium Arbeit nicht anfertigt, gibt es Entziehung der warmen Kost bis zu 14 Tagen. Ist ein Sträfling auf der Station (Arbeitsloal) einem anderen, sein Bestium fertig machen, so werden ihm einige Monate Arbeitsverdienst gezahlt. Schwere Strafen, Kassenarrest oder Verhinderung, kommen zur Anwendung bei Uebertretung oder Angriffen auf Beamte. Daß diese Vergehen meistens von den Beamten provoziert werden, wird Niemand bezweifeln, der den rohen und gewaltthätigen Charakter der meisten Kasseherren kennt. So kenne ich einen Fall, wie ein Zuchthausling, ein junger gutmüthiger und harmloser Mensch, zu Kassenarrest kam. Er lag später eine Zeit lang neben meiner Zelle. Ein Kasseherren betrat seine Zelle und fuhr ihn an: „Was hast Du zu spielen?“

„Ich habe nicht gespielt, Sie müssen sich in der Zelle geirrt haben“, war die gelassene Antwort.

„Galt's Maul, Du frecher Bengel, Du Hallunke, Du dast geirrt.“

„Ich sage Ihnen noch einmal, daß ich es nicht war. Im Uebrigen verbitte ich mir Ihre Gnade; wenn Sie überzeugt sind, daß ich geirrt habe, so werden Sie mich.“

Diese Abfertigung brachte den Kasseherren derartig in Wuth, daß er über den Sträfling herfallen wollte. Doch der Schutzmacher stand auf, nahm sein Messer in die Hand und sagte:

„Jetzt greifen Sie mich mal an.“

Der Kasseherren meldete ihn, und er bekam wegen Bedrohung eines Beamten mehrere Tage Kassenarrest.

Ein Kasseherren, der seine Plünderer und den Sträflingen ausfindig bekommt, wird über unanständiges Benehmen selten zu fingen haben.

Das Verderben des Arbeitsmaterials muß der Sträfling aus seinem Verdienste erleben. Man ist aber offenkundig, daß die Fabrikanten das schätzbarste Material für die Zuchthausarbeiten verwenden und auch verwenden können. Die Metallarbeiten in den Zuchthäusern sind nun in der Regel nicht die geschicktesten Arbeiter, und so kommt es häufig vor, daß das Arbeitsprodukt nicht wie vorgehrieben ausfällt. Und da die Beamten keine Sachverständige sind, entscheidet über das Verbotensein des Materials der Fabrikant allein oder dessen Stellvertreter. Dem Sträfling wird nicht geglaubt, bei ihm wird stets böser Wille vorausgesetzt. Fluchtversuche werden stets mit Krummschlegeln oder Reutenroten geahndet.

Und doch werden viele Fluchtversuche gemacht. Menschenjagden, wie

**Feuilleton.**

**Aus dem Tagebuch eines politischen Zuchthäusers.**

**Im Dunkelarrest. (Schluß.)**

Das Weihnachtsfest war vorüber, auch meine 14 Tage Dunkelarrest lagen bei den vielen Tausenden, im Zuchthause schon verblühten Arzesten. Aber nicht sehr hoffnungsvoll leuchtete mir die Zukunft entgegen. Wacker, Religionsunterricht und Bibellesen, das war ein Niff, dessen Aufsehung mir viel Kopfzerbrechen machte. Wird man der Pfaffe mit seinem Erfolg zufrieden sein, oder weiter auf das Bibellesen bestehen? Und soll ich nachgeben und Wacker über mich triumphiren lassen? Unter keinen Umständen. Vorerst sein ferneres Borgehen abwarten.

In der Neujahrswoche erschien ich wieder im Unterriech und nahm meinen Platz ein. Wacker kam, blickte mich an und sprach zum Aufseher:

„Hoffmann, bringen Sie Wunderlich in die Zelle zurück; er ist nicht würdig, dem Unterriech beizunehmen.“

So endete unser Kampf über das Lesen der Bibel. Ehe wir uns von Wacker trennen, will ich seine Ansichten über die Arbeiter im Allgemeinen und über die Sozialisten im Besonderen hier wiedergeben.

Zu Dave, der sich bei ihm als ein Arbeiterfreund einführt, welcher aus Philanthropie die Sache der Arbeiter zu der seinen machte, und für dieselbe sein Vermögen und jetzt auch seine Freiheit geopfert habe, sagte Wacker:

„Sie opfern sich umsonst, die Arbeiter sind es nicht werth; und diejenigen, bei denen der Sozialismus Eingang findet, sind nur dumme, faule und ammaßende Arbeiter.“

Und dem Schneider Feldmann erklärte Wacker:

„Anfangs der Vier Jahre in der Grubenzzeit bekamen die Arbeiter zu hohe Löhne, da wurden sie übermüthig; gepörrt haben sie nicht, und jetzt, wo die Löhne auf das natürliche Maß wieder zurückgefallen sind, jetzt sind die Arbeiter unzufrieden.“

**Handordnung und Disziplinarrufen.**

Seitdem die Menschheit jene einfachen Formen der Produktionsweise und des Verkehrsmodus, welche den Bedürfnissen und den Interessen aller entsprochen, verlassen und sich in dem Verwirrnis einer vielfach komplizirten Gesellschaftsordnung, die nur den Bedürfnissen und Interessen Weniger genügt, verloren hat, seitdem muß die übergroße Mehr-

viel sagen — erscheint. Alle schlechten Seiten unfres Volkes finden darin ihre Vertretung, aber kein einziger seiner Vorgesetzten. Treulos — Charakterlos, das ist seine Devise.

Einmal Redakteur dieses Blattes hat Bismarck neulich sein Herz ausgegüht, und was er ihm gesagt, verdient wirklich angehört zu werden. Wohl nie zuvor hat der pommer'sche Sanapshunter seine brutale Ausbeutung unvorstellbar zum Ausdruck gebracht, als in diesem Interview.

Man höre nur:  
„Während wir nach Besteigung einer kleinen Höhe auf einer Holzbank saßen, fragte ich den Fürsten: Nach dem Ver. at des Herrn Ritterhaus habe er eine Verhärterung des Sozialistengesetzes beantragt; wollen; nichtbedenklicher habe sich in der an den Reichstag gelangten Reglementsvorlage keine solche Vorgefunden? — Der Fürst: er hatte die sozialistische Gefahr für die größte, die in der Politik überhaupt vorliege, z. B. für viel bedeutender als die, welche etwa von Frankreich und sonst Wem zu erwarten ist. Die Sozialdemokratie ist unabhängig im Reich. In allen Parteien, so weit man auch in der Geschichte nachschlage, hätten sich Streber an die Unzufriedenen gewendet und sich so eine Partei geschaffen. Unzufriedene werde es aber so lange geben, als einer noch lebe, das ist einem Andern besser gehe. Der sozialistischen Gefahr zu begegnen, gebe es nur zwei Wege: entweder ihren Fortberührung nachgeben oder kämpfen. Das Bestehe sei jedoch ihre Vorgehensweise, während sie im Kampf doch in gewissen Schranken gehalten werde. Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich habe, habe sich für den Frieden entschieden; er (der Fürst) habe kämpfen wollen, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit sei einer der Gründe gewesen, aus denen er sein Amt niedergelegt.“

(Nach weiteren Meinungen des Abganges zu forschen — die Verhärterung war groß! — mußte ich mir leider verlagen, da Fürst v. Bismarck bereits Herrn Ritterhaus die Antwort hierzu verweigert hatte. Während des letzten Theils des Gesprächs schien der Fürst überhaupt etwas erregter. Er unterbrach sich häufiger, wie wenn er nach Worten suchte und suchte mit seinem Stoch mehr als sonst im Saal und gegen die Bäume.)

Von der Arbeiterschutzeschgebung, äußerte sich der Fürst, halte er nichts. Er behandle die Sache aber durchaus imo in et studio. So lange ihm jedoch Niemand sage, wodurch der Arbeiter den durch die beschränkte Arbeitszeit verkürzten Lohn ersetzt erhalte, könne er dieser Schgebung nicht zustimmen. Er sei gegen alle Zwangsmassregeln, welche die persönliche Freiheit des Arbeiters beschränken und, wie bei der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, in die Rechte des paterfamilias eingriffen. — Ich wandte hierauf ein, ob denn aber nicht die Arbeiterschutzeschgebung eine Weiterführung der kaiserlichen Erlasse vom 17. November 1881 seien? — Der Fürst: „I ganz und gar nicht. Für die kaiserlichen Erlasse, die mein eigenes Werk sind, an denen ich in Berlin ohne jeden anderen Menschen gearbeitet, trete ich voll und ganz ein. Die Grenzlinie zwischen dem, was die kaiserlichen Erlasse erzielen, und der Arbeiterschutzeschgebung liegt aber genau da, wo der Zwang anfängt.“ Wenn man die Vorgesetzten solchen Arbeiterschutzes rühme, denke er immer an folgende Anekdote. Ungefähr im Jahre 1820 habe einmal ein preussischer Generalstabsoffizier einen Wertheimer Posthalter gefragt, wie sie sich denn unter dem preussischen Regiment fühlten? — und die Antwort habe geantwortet: Ach, da haben wir nicht zu klagen; aber den D—, den Leipziger, hätten wir es auch gegnnt.

Wochens auf die Sozialdemokratie zurückkommend, äußerte der Fürst: Er habe die Absicht gehabt, die Beschlüsse des Sozialistengesetzes dahin zu erweitern, das an Stelle der Ausweisung die Verbannung trete. Damit habe er aber im Staatsministerium nicht durchbringen können. Die Regierung sei vielmehr auf den national-liberalen Vergleichsvorschlag in der Kommission eingegangen, das Gesetz ohne die Ausweisungsbefugnis anzunehmen, und dann würde er später noch viel weniger mit der Forderung strengerer Maßregeln haben kommen können. Er sei überhaupt Gegner von Konstitutionen in den Kommissionen; er schneide sich zu solchen nur Reichstags-Verhandlungen im Plenum gegenüber vor. — Auf meine Frage, was wohl eintreten dürfte, wenn nach Ablauf des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie lähmer werde, erwiderte der Fürst: Im letzten Grunde ist die Sozialistenfrage, ich möchte sagen, eine militärische Frage. Wenn das Geschwür ausgegangen, kann man die Ausdehnungen ja mit Gewalt niederdrücken. Es tritt dann vielleicht an die Stelle des jetzigen kleinen Belagerungszustandes der allgemeine, der Kriegszustand. Freilich geht das nicht auf die Dauer.“

Deutlicher als hier hat Bismarck noch nie seine schäntigen Intentionen ausgeäuert. Unausgesprochen wird hier gesagt, daß es nicht an ihm lag, wenn nicht schon längst in Deutschland der Sabel geblüht und die Plünderung geschrien hat. Wir haben das freilich längst gewünscht, immer und immer wieder haben wir die schamlosen Pläne des unsterblichen Emporkömmlings, der jahrelang unverantwortlicher Weise über die Geschicke des deutschen Volkes verfügte, aufgedeckt, immer und immer wieder vor den nachlässigen Untertanen seiner Ärgernisse gewarnt, und wenn es für uns auch seiner Behauptung bedurfte, für diejenigen, denen unsere Informationen nicht zu Gebote stehen, ist es gut, es hier aus dem Munde des Mannes selbst zu hören.

„Im letzten Grunde ist die Sozialistenfrage eine militärische Frage“ — diese Worte sollte man dem Reichsherrn auf die Stirne branden. Und dann: er hat „kämpfen“, die F. schießen lassen wollen, je eher, desto lieber.“  
Das ist der große Staatsmann, um den die Welt Deutschland be-

neiden sollte. Ach, wie sein Fühlen, in auch sein Denken. Die wichtigste Frage des Jahrhunderts wird mit ein paar uraltens nutzlosen Redensarten über die Schlichtigkeit der Menschen, die einander nichts gönnen, abgethan. Es sind in der That rechte Reibhämmer, die Profetorien, die einen Majoritätsbesitz verlangen, um sich nicht gegenständig durch die Konkurrenz das Leben zu verkommen, nicht Einer auf Kosten des Andern sein Loos verbessern zu müssen. Nur persönliche Vorgehensweise, wenn bei einem Streik, wie hundertfach, tausendfach vorgekommen, Arbeiter gutbezahlte Stellen preisgeben, um für ihre schlechtergestellten Kollegen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen zu können. Bismarck sagt es, und er kennt die Menschen. Der Mensch, der sich am Steuerfeld des deutschen Volkes vorgeht, der Dotationen über Dotationen ringelst, der seine Söhne in wohlbezahlte Stellen hineinschiebt und doch immer nicht zufrieden war, immer sagte, daß seine Einnahmen nicht ausreichten — er ist ja der rechte Mann, über „Unzufriedenheit“ zu reden, solange es einem Andern besser gehe.“ Wie überall, so ist auch hier nur ich selbst und schloß von seiner durchsichtigen Schamlosigkeit auf Andere.

Selbst die gefällige Beschränkung der Kinderarbeit ist ihm zu viel. Sie greift in das Recht des „paterfamilias“ ein. Es war wirklich angebracht, hier den römischen Ausdruck für Familienvater zu gebrauchen, denn der Standpunkt, daß es ein unveräußerliches „Recht“ des Vaters ist, das Leben seines Kindes zu verkaufen, ist dementsprechend ebenso antiquarisch, wie die ganze Auffassung der Familie im römischen Sinne. Aber daß ein Mensch, der so vornehmliche Rücksichtungen hegt und pflegt, sich als der „moderne aller Staatsmänner“ aufspielen magte, das war wirklich der Gipfel der Unverfrorenheit.

Nun, er hat selbst dafür gesorgt, und sorgt mit jedem Tage eifriger dafür, daß ihm die Welt in seiner ganzen Beschränktheit, in seiner ganzen höchsten Nacktheit kennen lerne. Und das ist gut so. Denn nichts erzieht die Völker mehr zur Selbstständigkeit, als die Erkenntnis, wie klein, wie erbärmlich klein doch die „großen Männer“ sind, vor denen sie in dem Staube liegen.

— **Ueber die Polemik**, welche sich in den letzten Wochen in der deutschen Parteipresse abspielte, äußert sich ein Korrespondent der Wiener „Arbeiterzeitung“ n. N., wie folgt:

„Zwei Blätter, eines in Regensburg und eines in Dresden, wozu sich vielleicht die Berliner „Volks-Zeitung“ hinzugesellen wird, erörtern in recht leidenschaftlicher, unierer Wesen herzlich erregender Weise die Frage, ob eine Prekonvention vom Kongresse eingeleitet werden kann, welche über Parteizugehörigkeit der Blätter wachen soll. Sie stellen die Frage so dar, als ob durch eine solche Kommission die freie Kritik innerhalb der Partei und die Diskussion über Parteiprinzipien unterbunden werden könnte. Sie vertreten damit den föderalistischen Standpunkt gegen den allem Anschein nach von der Gesamtpartei gewünschten zentralistischen.

Sie vergessen dabei Ein es: Die Sozialdemokratie wird ohne, wie bis nun unter dem Ausnahmsgesetze stets eine kämpfende, von Behörden und gegnerischen Parteien energisch und rücksichtslos verfolgte Partei sein, die gleichzeitig den bürgerlichen Parteien gegenüber stets auf dem Standpunkte des Klassenkampfes beharren muß. Ist es da frag, inwiefern die Partei zu lösen, sich in einzelnen Schrammeln auflösen zu lassen, statt in geschlossener Schlachtlinie ununterbrochen kampfbereit dazustehen, vergessen denn die Genossen ganz, daß gerade unter dem Sozialistengesetze die Zentralisierung die Hauptursache der Unbelegbarkeit und der Erfolge der Partei war, haben sie nicht ein, daß die Ursache der demunderungswürdigen Siegesbahn der deutschen Sozialdemokratie in ihrem straffen Zusammenhalten, die Ursache des Niederbleibens der französischen Sozialdemokratie in ihren Spaltungen, Fehden, persönlichen und theoretischen Zwisten liegt, haben sie nie etwas von der Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei gehört? Und glauben sie hinwiederum, daß es Jemandem befallen wird, sachliche Kritik der Parteithätigkeit, wissenschaftliche Diskussion über unsere Prinzipien zu verhindern zu wollen? Sie sollen doch einmal die Jahrgänge des „Volksstaat“ und des „Vorwärts“ durchsehen, Blätter, die doch von Bebel und Liebknecht redigiert wurden, denen heute papistische Beirathungen zugewidmet werden. Sie werden in diesen früheren Zentralorganen der Partei wahrlich genug Diskussion finden.“

Und in einem zweiten Brief:  
„An der ganzen Diskussion über die künftigen Parteiverhältnisse, welche die letzte Woche die deutschen Parteifreie beschäftigt hat, ist der herrliche Ton der Parteilichkeit bemerkenswerth. Gerade wir, die sachlich vollständig ihren Standpunkt theilen und die wissen, wer die Gegner sind und wer hinter ihnen steht, können absolut nicht einsehen, warum man mit Kanonen gegen Mägen schießt. Bei diesem Kampfe steht auf der einen Seite die Gesamtpartei mit ihren alten, erprobten Kämpfern, Bebel, Liebknecht, Auer, auf der andern Seite ein paar junge Literaten, die die kurze Zeit, während welcher sie unserer Partei angehören, nicht akzeptiv zum Studium der inneren Parteiverhältnisse benützt haben. Jeder der Herren, als deutsche Doktoren der Pölistologie, ehemalige Theologen und ähnliches, hat ein unschickbares System, um unsere Partei vor der Korruption zu retten, der sie, falls die übrigens persönlich durchaus ehrenwerthen Männer ihr nicht zu Hilfe eilen, entschieden verfallen muß.“

Wer steht aber hinter den Leuten? Unzweifelhaft eine Anzahl Arbeiter. Aber nur sehr wenige. Wer würde denn nicht Vorhang finden, wenn er sich mit guten Sinnen fühlend auf den Markt begibt? Ja, wird man einwenden, es stehen ihnen zwei Zeitungen zur Verfügung. Nun, die eine ist kann in Regensburg gegründet, während die andere, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, lebhaft Unzufriedenheit bei ihren Lesern hervorgerufen haben soll. Wechhalb dann den Kanonen-

Ueber Wilhelm!

Ich will Dir denn doch einmal schreiben, sonst meinst Du am Ende gar, ich sei längst auf der Schlachtbahn der Mittel den Messern befehliger Studenten verfallen. Dem ist nicht so. Ich bin gesund und munter, habe stets die Augen offen und den Mund zu, denn das Nichtbesolgen des letzteren brachte mir schon 14 Tage Haftstrafe ein, obgleich auch ein andermal das konträre Befolgen mich vor weiteren 14 Tagen nicht zu retten vermochte. Die ersten 14 Tage bekam ich wegen Verweigerung des Obelsteins, und den zweiten Arrest verdanke ich einer ganz verwickelten Jurisprudenzgeschichte.

Wilhelm, ich ging hierher mit dem feinen Vorsatz, tüchtig zu arbeiten, damit ich einst nicht mit leeren Händen in die Welt zurückkehren müsse, und ich nahm mir vor, mich vor Disziplinstrafen möglichst zu hüten. Bin jedoch vielfach erstarrt. Zwar arbeiten muß ich sehr viel, aber verdienen thut's die Kassa und der Fabrikant, und mit Dunkelarbeit bin ich auch schon überreich gesegnet.

Was soll ich Dir sonst noch schreiben? Ich weiß nicht, wo anfangen, um Dir ein einigermaßen anschauliches Bild von dem Leben und Treiben des Nachhauseins zu entwerfen. Alle Einrichtungen der Anstalt: die industriellen Verhältnisse, Kirche, Schule, Literatur, das Leben der Züchtlinge auf den Arbeitstätten und in der Hofkirche, die Disziplinstrafen, das Wort und Bein durchdringende Schreien eines Geisteskranken, alles dieses läßt sich eben nicht auf einen kleinen Bogen Papier zusammendrängen. Du mußt Dich schon gedulden, bis ich wieder bei Dir bin, wo ich das Nachhause nun so ausführlicher schildern werde.“

Dies der anstößige Inhalt.  
Wenn ein Mensch draußen diesen Brief liest, muß er denken, hier gibt es Morgen zum Frühstück und jeden Mittag noch der Suppe Pfefferschokolade. Verdient hätte Ihr sie. Dem Brief wird nicht abgehört, verstanden mir der Direktor.

Ja, unser Direktor läßt sein postereiches Institut nicht profanieren. Und ähnlich dem Reichsgericht, ahndet auch unser Direktor Gefinnungen, wie sie in dem betreffenden Briefe zu Tage treten, und welche in der Berücksichtigung alles dessen gipfeln, was in unseren Gefängnissen und Zuchthäusern hoch und heilig zu halten ist.

Daß der Brief nicht abgehandelt wurde, bereitete mir wenig Sorge; ich mußte ja bald wieder Besuch bekommen, dann würde meine Mutter den Grund meines Schweigens erfahren. Meine Braut wohnte, seitdem ich in der Anstalt interniert war, auch in Halle und durfte mich alle 4 Wochen besuchen. Aber diesmal wartete ich vergebens. Obgleich zwei Sonntage über die übliche Besuchszeit verflohen waren, erschien sie nicht. Will man diesen Weg abschneiden, damit ich meinen Angehörigen keine Nachricht zukommen lassen kann? Oder bleibt meine Braut freiwillig fort?

Ein leidiger Gang muß es allerdings nicht sein für ein junges Mäd-

chner, wenn der Feind so bedeutungslos? Wir gestehen offen, daß wir diese Frage nicht beantworten können.“

Im Großen und Ganzen scheint die Darstellung durchaus den Kernpunkt der Sache zu treffen. Aber wenn einem Manne, der ein ganzes Menschenalter in den vorbersten Reihen der sozialistischen Bewegung gekämpft und der Bewegung die größten Opfer gebracht hat, von einem jungen Literaten, der der Partei erst kurze Zeit angehört, die ehrenrührigen Vorwürfe gemacht werden, nun, dann läßt sich doch wohl auch begreifen, daß dem Angegriffenen schließlich die Galle überläuft. Besser wäre es vielleicht gewesen, Bebel hätte diese Angriffe, bezw. Anspielungen einfach ignoriert, aber wenn er das nicht that, sondern die Angriffe anforderte, mit Thatfachen herauszurufen, so war das sein gutes Recht. Der Schluß seiner Erklärung im „Berliner Volksblatt“:

„Wandt man Grund zu Anklagen zu haben, so soll man die Personen und Thatfachen bezeichnen, gegen welche sie gerichtet sind, damit diejenigen, die es angeht, antworten können. Das ist die Kampfweise christlicher Männer. Jede andere Kampfweise ist unchristlich.“

Man schroff sein, enthält aber kein Wort, das er zurückzunehmen hätte. Dagegen ist die Handlungsweise der dritten Redaktion, wenn sie fest, anstatt Rede und Antwort zu stehen, über das „Schimpfwort“ „unbelegbar“ räsonnieren, alles Mögliche, nur nicht wahrlich.

Wir glauben das sagen zu dürfen, da wir an der ganzen Polemik untheilhaftig sind. Im Uebrigen wollen wir nicht noch Del ins Feuer gießen, sondern die Hoffnung ausdrücken, daß die Betroffenen von selbst zur Einsicht kommen, daß man in solcher Weise die Parteinteressen nicht fördert.

— **Zu was für nichtwürdigen Traktaten** das deutsche Arbeiterthum greift, um die Arbeiter anzukommen, darüber brachte ein deutscher Arbeiterblatt, die Chemnitzer „Presse“, längst folgende Schlußbemerkung:

„Von der Freiburger Mulde wird uns eine Schilderung übermittelt, welche mit Schandheiten dieser Gegend gewaltig kontrastiert. Es betrifft das Loos von Männern und Frauen in einer Stadt an dem Fuß der Mulde, welche das Geschick nicht anders bedacht hat, als daß sie in der Fabrik arbeiten müssen. Nun haben sie leibhaftig nicht die Angst, daß für sie die Arbeit nicht geschaffen sei, vielmehr arbeiten sie fröhlich, nur würden sie es gerne sehen, wenn ihr Loos einigermaßen erleichtert werden möchte. Die Leute arbeiten in der Wirtelstraße, die Frauen bei einem wöchentlichen Verdienst von 4, 5 und 6 M., die Männer von 10, 14 und höchstens 15 M. Ja, wenn dieser Verdienst nur noch ohne Abzug gewährt würde. Dem ist aber nicht so. Denn jeder Stricker hat zunächst einen Abzug von 5 Pf., von jeder verdienten Mark dafür zu erlösen, daß das wöchentliche Gehalt für die Strickmaschine fertig ausgegeben wird. Für letztere Arbeit sind 20 Frauen beschäftigt, welche je 5 Mark, zusammen also 100 M. Lohn erhalten. Hiernach hätte der allem Anschein nach zum Rechnen sehr gut veranlagte Betriebsinhaber wöchentlich nur 200 Mark Lohn auszugeben. Nun sind aber dort 40 männliche Stricker beschäftigt. Wenn man nach dem oben angegebenen Akkordlohn einen Durchschnittsverdienst (10 u. 14 u. 15 = 39 M.) = 13 M. annimmt, so ergibt dies für die 40 Stricker einen Lohn von 520 M., und einen Abzug von 26 Mark pro Woche. Der geschulte Herr hat also die beiden Auswärtigen, welche 10 M. Lohn erhalten, aus diesem Abzug bezahlt und außerdem noch ein wöchentliches Profit von 16 M. oder pro Jahr bei nur 50 Arbeitstagen von 800 M. Den 40 Strickern in aber von ihrem Gesamtverdienst der resp. betragte Betrag von 1300 M. oder von jedem Einzelnen durchschnittlich 32 M., 50 Pf., mindestens aber, wenn sie, wie in der Hausindustrie, den Lohn für die Gesamtproduktion aus eigener Taube bezahlen würden, 20 M. verloren gegangen. Was 32 resp. 20 M. bei einem jährlichen Verdienst von 600, 700 oder 750 M. bedeuten, weiß sich jeder auszurechnen, welcher die heutigen hohen Lebensmittel und Wohnungspreise kennt. Dieser ausbeutende Betriebsinhaber hat zwar vor gar nicht allzulanger Zeit die wunderbar schöne Einrichtung, daß Arbeiter und Arbeiterinnen sich für ihren riesenhaften Verdienst die Befreiung selbst beschaffen mußten, besetzt, aber Lampen werden heute noch nicht geliefert. Diese muß sich jeder und jede, welche bei Nacht arbeiten wollen, selbst anschaffen. Solche Zustände sind heute noch möglich! — Wie häufig dieser edle Arbeitgeber ist, geht noch besonders daraus hervor, daß er die Arbeiterinnen jährlich fünfmal die Fabrikräume gründlich reinigen läßt, natürlich an einem Wochentage, wobei ein halber, auch ein ganzer Tag vom Verdienste verloren geht, dafür aber zahl dieser unverschämten Gehalts den Arbeiterinnen auch nicht einen Pfennig.“

Genug. Der so etwas lesen kann und nicht von einem gläubenden Gaf gegen eine Wirtschaftsordnung erfüllt wird, die solche Dinge möglich macht, hat kein Wort in seinen Adern.

— **Die Wiener Polizei** hat längst wieder einmal den Staat gerettet. Sie hat unter einer Begründung, die wir nur deshalb nicht als leere Kuschelerei bezeichnen, weil das angesichts einer direkten Verletzung des geltenden Rechts eine unverschämte Beschönigung wäre, eine von den Genossen Adler, Polorny und Remmann auf den 20. Juli einberufene Versammlung verboten. Die Tagesordnung der Versammlung war: 1. die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Arbeiter, und 2. Rügen und Beschwerden des Streiks für die Arbeiter. Referate dazu hatten die Genossen Hanzer, Popo, Remmann und Tobola übernommen. Folgendes ist nach der „Wiener Arbeiterzeitung“ der Wortlaut der Resolution, deren Einbringung beabsichtigt war:

„Der Gang in's Justizhaus zu einem mürbischen, verdrießlichen und von dem Beamten verächtlich behandelten Sträfling. Die klare Akzentuation des Wortes „Du“, womit die Ströflinge angebetet werden, und das besonders auffallende Aussehen dieses Wortes in Gegenwart meiner Braut, daß immer den ersten Tropfen Gift in die Freude des Wiedersehens. Sonderbar, droben auf dem Gang merkte ich das „Du“ gar nicht, aber im Weisheit meiner Braut gesprochen, war es mir unerträglich, da reizte mich immer die Lust zu einer scharfen Entgegnung.“

Die ersten Besuche beauftragte der Hausvater, er ließ uns ziemlich ungeflüßelt sprechen. Dann übernahm der neue Oberaufsicht die Aufsicht der Besuchstenden, und dieser Hofste Bändel. Meine Braut durfte nie bei mir sitzen, sondern fern an der andern Seite des Zimmers. Der Oberaufsicht hielt mir dann immer erst eine Vorlesung über die Vorschriften, und das Verhalten während des Besuchs, und beim ersten Worte schon, welches ich zu meiner Braut sprechen wollte, fuhr er dazwischen: „Du mußt lauter und deutlicher reden, damit ich Dich verstehen kann.“

So beiratheten die Besuche weder meine Braut, noch mich; sie wurden uns beiden verleidet, und doch wartete ich sehnsüchtig auf den Tag, an dem sie wieder kommen konnten.

Wird sie nunmehr wohl ganz fortleben? Wie schmeichelt die Sonntage herbei! Ich lauschte auf jeden Schritt auf dem Gang, der mich vielleicht zum Besuch abholen könnte. Aber ein Sonntag nach dem andern verwich, und kein Besuch wurde mir gemeldet. Murnig, voll banger Sorge, den Kopf voll schwerer, qualvoller Gedanken, und die Phantasie gefählig mit dem Ausmalen verzerter Bilder, wußte ich mich die Sonntag-Abende schlaflos auf meinem Lager.

Dann führte mich der widerliche Gesang der Seefische aus meinem Betten. Dohlen mit ihrem dumpfen und unheimlichen Schrei umflatterten unsere Flügel, und drüben, über Giebelsteinen, sammelte sich hoch in den Lüften ein unruhiges Rabenvolk; es schien, als wären alle besetzten Schwarzglocken des Harzgebirges beisammen, um einen wichtigen Sangweissstreich zum Anschlag zu bringen. Die Tonwellen eines Leierstängens drangen mit ihren traurigen Melodien in meine künstele Jelle, und ein Polkilon auf der Fahrt von Giebelstein nach Halle stimmte herzerweichende, rührende Weisen an:

„Am liebsten müßt ich sterben,  
Dann war's auf einmal still.“

(Fortsetzung folgt.)

Angesichts der eintretenden Verhältnisse, welche heute in den meisten Arbeitsteilen sowohl in Bezug auf die Lohnhöhe, als auf die modernen Arbeitsbedingungen vorliegen, ist die Arbeiterklasse nicht nur berechtigt, sondern im Interesse der gegenwärtigen und künftigen Generationen, sowie im Kulturstreben überhaupt, geradezu verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln bessere Arbeitsbedingungen anzustreben. Eines der wichtigsten und wirksamsten dieser Mittel ist unstreitig die wohlorganisierte und wohl vorbereitete Arbeitseinstellung. In Oesterreich, wo ein weiterer Ausbau des Arbeiterkampfes, insbesondere eine Abkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege des Gesetzes, zunächst nicht zu erwarten ist, da im Parlamente die Arbeiterklasse nicht vertreten ist, in Oesterreich ist der Streik fast die einzige Waffe zur allmählichen, tatsächlichen Herabsetzung der Arbeitszeit. Er ist überdies viel öfter eine Waffe der Vertreibung als des Angriffes, und wird den Arbeitern von den Ausbeutungsgeiern der Unternehmer geradezu aufgedrängt.

Indem die Verarmung so den Streik als im Prinzip berechtigt erklärt und dem festen Entschlusse Ausdruck gibt, kämpfende Genossen wie bisher in brüderlicher Solidarität zu unterstützen, verschleiert sie sich aber keineswegs der Erkenntnis der Gefahren, welche die wahllose und unüberlegte Anwendung dieses Kampfmittels mit sich bringt. Vor allem ist darauf zu achten, in der Arbeitseinstellung ein Mittel zu sehen, welches die Arbeiterklasse von den wesentlichen Grundursachen ihrer heutigen Lage befreien könnte. Ihre ökonomische Abhängigkeit und politische Unfreiheit sind eben von der gesamten Gesellschaftsordnung und ihrer Grundzüge, der kapitalistischen Produktionsweise, bedingt, können daher nur mit dieser beseitigt werden. So wichtig augenblickliche Besserungen in der Lage einzelner Arbeitergruppen sind, so wichtig ist es aber auch, über dem Augenblicklichen nicht das Endziel zu vergessen: Die Emanzipation der gesamten Arbeiterklasse. Zweitens aber auch gewarnt werden vor der Anwendung des Arbeitseinstellens, ohne daß alle Bedingungen des Erfolges vorher genau von sachkundiger Seite erhoben sind. Abgesehen von der Erwägung der Geschäftslage, des Saisonablaufes u. d. h. vor allem die Stärke der Organisation der betreffenden Arbeiterklasse maßgebend, und zu berücksichtigen, daß ein missglückter Streik junge, vielversprechende Organisationen auf Jahre zurückwerfen kann. Um die Werkstättenstreiks, welche vielfach erfolglos sind, zu vermeiden, sollte jeder Streik von dem Beschluß der erfahrenen Vertrauensmänner des ganzen Gewerkes abhängig gemacht werden, welche Maßregel allein auch eine ausreichende Hilfsorganisation sichern kann. Auch ist eine solche Zentralisation des Lohnkampfes das einzige Mittel, um der Verpflüchtigung der Kräfte und ihrer lähmenden Folgen vorzubeugen. Schließlich sollte für Aufklärung und Belehrung der Arbeiter über jene Zwangsmaßregeln, welche in Oesterreich „Koalitionsfreiheit“ heißen, gesorgt werden, da der Unkenntnis der allerbisshöchsten wertwürdigen und einseitigen Auffassung, welche die Behörden von den Rechten des Arbeiters haben, heute viele Arbeiter zum Opfer fallen.

Schließlich wiederholt die Verarmung den Entschlus der Arbeiterklasse vom 1. Mai, unermüdlich für eine Reform der Gewerbeordnung im Sinne der Herabsetzung der Arbeitszeit bis zur Erlangung des Achtstundentages thätig zu sein.

Diese Resolution, die in weiten Kreisen der Wiener sozialistischen Arbeiterklasse lebhafteste Zustimmung gefunden, mag sich der „revolutionäre Sozialist“ hinter die Ohren schreiben, der nacheinander „Commonwealth“ die Redaktion der „Wiener Arbeiterzeitung“ in ganz persönlicher Weise verächtliche, weil sie vor unüberlegtem Streik gewarnt hatte. Es gehört wirklich eine gewissenhaftigkeit sonder Gleichen dazu, sich zu stellen, als wählte man nicht, daß nichts die Arbeiterinteressen mehr schädigt, die Kraft der Arbeiter mehr lähmt, als ein ohne genügende Mittel und Organisation, bei ungünstiger Geschäftslage, unternommener Streik.

— Eine unbezahlbare „Rechtsbelehrung“ über Boykott hat vor einigen Tagen ein englischer Richter zu Wien gegeben — allerdings in Irland. Einige Ladenbesitzer des Städtchens Gorea standen unter der Auflage, verschiedene Pächter geboycottet zu haben, die Grundstücke in der Umgebung gepachtet hatten, von denen die Pächter vertrieben worden waren. Auf Grund der irischen Zwangsregel wurde der Fall nicht vor dem Schwurgericht desselben Bezirks, sondern vor den Assisen einer anderen Grafschaft, in Wicklow verhandelt. Und bei dieser Gelegenheit gab der fungierende Richter, Baron Pales, nach beendeter Verhandlung folgende Rechtsbelehrung zum Besten:

„Da die Pächter der in Rede stehenden Grundstücke gesetzlich freie Hand hätten, mit jedem ihnen beliebenden Händler Geschäfte zu machen, der Lust dazu hätte, so sollte es auch das englische Gesetz jedem Händler frei, mit demjenigen von diesen Pächtern Geschäfte zu treiben, welche ihnen belieben, und dieser selbe Grundsatztreffe auch auf Verbindungen von Leuten zu, die sich freiwillig dahin vereinbaren, von allen Geschäften mit einer bestimmten Person, mit der sie käuflich keine Geschäfte zu machen wünschen, abzusehen. Die Grenze und Unterscheidungslinie liegt in dem Zweck, zu dem die Verbindung geschlossen wurde. Geschäftskontinuitäten mögen Verbindungen auf Tod und Leben schließen, vorausgesetzt, daß das Motiv derselben die Wahrung ihrer Interessen sei. Weiter aber dürfte man nicht gehen. Wäre die Absicht die persönliche Bekämpfung ihrer Gegner, das Bestreben, diesen mehr Schaden zuzufügen, als die Betreibung des eigenen Geschäfts bis zum Ausruhen mit sich bringe — mit andern Worten, wenn sie das wäre, was das Gesetz als böswillig bezeichne, so erachte das Gesetz, daß die Verbindung keine geschliche sei, sondern eine Verbindung behufs Schädigung des Nächsten, und daher ungesetzlich.“

„In diese Deduktion nicht wahrhaft köstlich? Konkurrenten mögen sich auf Leben und Tod („to the very death“) verbinden, nur muß der Zweck ein anständiger sein. Und anständig ist die Wahrung der eigenen Interessen, d. h. die persönliche Bekämpfung. Verbinden sich Müller und Schmeißer, Lehmann keine Waren zu verkaufen, weil sie ihn für einen Schuft halten, dessen Anwesenheit die Wagens verpöste, so ist das böswillig und ungesetzlich, thut sie es aber, um Lehmann's Aushaus an sich zu ziehen, ihn geschäftlich „unschädlich“ zu machen, so ist das durchaus in der Ordnung und gesetzlich. Mag auch im zweiten Fall Lehmann viel schlechter wegkommen als im ersten, er hat kein Recht, sich zu beklagen. Daß Müller und Schmeißer ihn ruinieren haben, ist ganz in der Ordnung, das „Geschäft“ bringt es mal so mit sich.“

Klassiker kann man die Moral der bürgerlichen Gesellschaft nicht zum Ausdruck bringen, als es in dieser Deduktion des „Baron“ Oberriechters Pales geschieht. Hier ist die logische Konsequenz der Grundzüge gezogen, die das Lebenselement der bürgerlichen Gesellschaft bilden: Die freie Konkurrenz bedarf der Waffe des geschäftlichen Boykotts, folglich ist er gerechtfertigt, die freie Konkurrenz wird durch den politischen Boykott beeinträchtigt, folglich ist derselbe ungesetzlich und strafbar. Nicht die Ideellen, die wir durch die eigenen Beweggründe entstehen. Um den „sittlichen“ Werth dieses Prinzips noch klarer hervorzuheben zu lassen, brauchen wir es bloß an einem andern Beispiele zu prüfen. Es sind zwei Morde geschehen: Schulze hat Müller ermordet, um dessen Geld an sich zu reihen, Lehmann den Schmeißer, um einen politischen z. B. Wegner aus der Welt zu schaffen. Nach dem entwickelten Grundsatzt ist der erste Mord, wenn auch nicht geradezu gesetzlich, so doch der minder zu beurteilende. Wenn das Gesetz und die Rechtspraxis hier anders verfahren, so beschließt, weil die Sicherheit des erworbenen Eigentums einer der Grundbedingungen der bürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse ist. Sonst würde das Prinzip auch hier zum Durchbruch kommen, wie es ja an Anfängen in dieser Hinsicht durchaus nicht fehlt. Wir erinnern nur daran, wie oft in Gesangsstücken politische Verbrecher viel schlechter behandelt wurden, als Spitzhaken und Betrüger. Diese vergingen sich gegen das Eigentum, aber aus zu großer Liebe für daselbe, sie oder hatten es zugezogen, es grundsätzlich zu bekämpfen. Die Vogt, die die Herren Gefängnisdirektoren leitet, ist dieselbe, die den Raubmörder laufen läßt und den modernen Tess feiert.

Um zur Frage des Boykotts zurückzukehren, so mag vielleicht irgend ein Kezer meinen, wir wollten läugnen, daß es auch ungesetzliche, verwerfliche Boykotts gäbe. Nichts liegt uns ferner als das. Und ist jeder Boykott verwerflich, dessen Zweck Verfolgung, Ausbeutung und Unterdrückung ist. Und wo nicht Klassen- und Parteinteressen das Heilvollständig erdichtet hat, lassen sich diese Kriterien in jedem einzelnen Falle mit Leichtigkeit feststellen.

— Zur Achtstundenbewegung in Amerika schreibt das „Philadelphia Tagblatt“:

„Das Letzte, was man von der Föderation of Labor in dieser Sache gehört hat, ist, daß in diesem Jahr kein neues Gesetz in die Achtstunden-Aktion eintreten soll.“

„Damit steht im Einklang, daß die Kohlengräber, welche nach den Zimmerleuten an die Reihe kommen sollten, jedoch in Columbus beschließen haben, die Einführung des Achtstunden-Systems am 1. Mai nächsten Jahres zu begehren.“

„Eine der Föderation“ einen Vorwurf zu machen, müßten wir sagen, daß uns dieses Tempo doch ein wenig gar zu Bedrückendes erscheint. Bei den Zimmerleuten haben nach dem Bericht McQuires etwa 40.000 Mann verkürzte Arbeitszeit in diesem Frühjahr gewonnen. Es sind nachträglich auch Schläpfer vorgelommen. So bei den „Mill Hands“ (in den Bauabteilungen) von Chicago und Buffalo. Der Zustand in Detroit scheint verloren gegangen zu sein und im dortigen Arbeiterblatt, sowie in dem in Buffalo und Cincinnati haben wir häufig Klagen über mangelnde finanzielle Hilfe aus dem Hauptquartier vernommen. Wenn sie begründet sind, was kaum zweifelhaft erscheint, so beweist das, daß die Föderation ihre Pflicht nicht gethan hat.“

„Das sei beiläufig bemerkt, weil nächstes Jahr in den Kohlengruben eine drei- oder vierfach größere Anzahl Arbeiter ins Feuer gehen, deren eigene Hilfsmittel oben drein geringer sind als die der Zimmerleute. Es wird also notwendig sein, sich bei Zeiten vorzusehen.“

„Besonders ist die Nachricht, daß die Eisen- und Stahlarbeiter nacheinander das Achtstunden-System inskripierten wollen. Dant der technischen Umwälzungen in dieser Industrie ist die „Assoziation“ genötigt worden, ihre Thüren auch den Hilfsarbeitern zu öffnen. Es war nicht freier Wille, sondern bittere Notwendigkeit. Denn im Fall eines Streiks wären die unorganisierten Helfer vielfach in der Lage, die Stellen der „Qualifizierten“ einzunehmen, wie das ja auch bei den „Freibern“ gegenüber den „Koglern“ schon geschehen ist. Der technische Fortschritt sei gepriesen. Er macht aus „Fossilisiertheit“ „Jüngerer“ fortgeschrittliche Leute. Er wird auch das Achtstunden-System erzwingen.“

„Die Meinung, daß die Eisenarbeiter es einführen wollen, hat jedoch den bedenklischen Nachsatz, wenn die Fabrikanten damit einverstanden sind.“ Diesen Verhandlung wird wohl durch einen lauten Druck nachgeholfen werden können. Und da es sich fast ausschließlich um Affordarbeit handelt, so würde der Widerstand wohl nicht so groß sein, wenn nicht zugleich eine Lohnerhöhung begehrt wird. Die Eisenarbeiter können die Achtstunden-Schicht sehr wohl durchsetzen, wenn sie nur ernstlich wollen.“

„In diesem Falle wäre ein progressives Fortschreiten der Bewegung vorhanden. Mit 40.000 Zimmerleuten und einigen Tausend anderer Arbeiter in diesem Jahre wäre der Anfang gemacht. Im nächsten Jahre die 200.000 Kohlengräber und 60.000 Eisenarbeiter hinzu. Auch könnte der Kongress veranlaßt werden, außer den Postleuten auch den Arbeitern ihrer Kontraktoren das Achtstunden-System zu sichern. Also vorwärts!“

„Was hier das „Phil. Tagblatt“ Man erfieht aus alledem, wie langsam und unter verhältnismäßig weit günstigeren ökonomischen Voraussetzungen als in der alten Welt, die Bewegung zur Erlangung des Achtstundentages sich vollzieht. Allerdings handelt es sich dort um die Erlangung auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe — der Koalition, nicht der Selbsterhebung. Aber dieses Mittel kann keineswegs in allen Industriezweigen mit gleichem Erfolg zur Anwendung gebracht werden, es ist vielmehr mit Wahrheitsliebe anzunehmen, daß es in vielen direkt verfallen, sich als unzureichend erweisen wird. Jedenfalls zeigt das Tempo, in welchem die Bewegung vorwärt, wie Recht wir hatten, wenn wir in Nr. 25 schrieben, daß die Amerikaner so sehr sein können, wenn sie es auf Grund ihres Feldzugsplans wirklich bis 1898 zur allgemeinen Durchführung des Achtstundentages gebracht haben.“

Wir wollen damit Niemand einen Vorwurf machen, es kommt bei diesen Dingen keineswegs auf den Willen der Führer, sondern auf die Bereitschaft der Massen an, auf die Geschäftslage und eine Reihe anderer Faktoren an, deren Bestimmung außerhalb des Willens Einzelner liegt. Wir wollen nur zeigen, daß die im Arbeiterkongressentwurf der deutschen Sozialdemokratie angelegten Termine durchaus nicht zu weit hinausgeschoben wurden, und keineswegs Kulaß zur Entmutigung geben.

— Aus Australien. Melbourne, Mitte Juni 1890. Nachdem wir hier, ein kleines Häuflein, lange Zeit spazieren den Prediger in die Wüste geschickt, haben wir jetzt die Genugthuung, zu sehen, daß unsere Bemühungen doch nicht fruchtlos geblieben sind. Englische wie deutsche Sozialisten arbeiten auf der Grundlage freundschaftlicher Verständigung Hand in Hand, und ihre Zahl nimmt mit jedem Tage zu.

Der erste Mal ist auch von uns festlich begangen worden, wenn auch nicht durch Arbeitsruhe, so doch durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in der hiesigen Arbeiter-Halle (Trade-Hall). Die Verlesung war sehr gut besucht, von englischen Rednern wurde die Bedeutung des Tages hervorgehoben, und die Anwesenden, größtentheils Arbeiter, waren in festlicher Stimmung. Obwohl die Tagesrede alles thut, um poor Jack, den Proletarier, in Dummheit hinzuhalten, so lernt er doch allmählich seine Lage und seine wahren Interessen begreifen. Leider haben wir hier noch mit einem weiten Hindernis zu kämpfen, das sich dem Fortschritt der Arbeiterklasse in den Weg stellt. Es ist dies der leidenschaftliche Sport, und von dem herab wird Alles angedrängt, diesem Gang Vorhub zu leisten. Hier heißt es: „Lass das Regieren; spielt, so viel ihr Lust habt, nur bleibt fern von der Politik.“

Die Wächter für Moral und gute Sitte, die Herren von der Geistlichkeit haben sich neulich mit Vorwürfen betreffs Unterdrückung der Prostitution an die Regierung gewendet. Der Bischof in höchsteren Person überbrachte die Vorschläge dem Staatssekretär mit dem Ersuchen, daß die Nachtbefugnisse der Polizeibehörden erweitert werden mögen. Es würde zu weit führen, die Paragrafen des denkwürdigen Attentats alle aufzuzählen zu lassen. Genug, daß ganze Nachwerke sich aus, wie die Pfaffen selbst. Sogar dem Staatssekretär ging es zu weit, und er fragte daher die Deputation ironisch, ob sie denn nicht wüßten, daß mit Gewaltmaßregeln, wie die in Vorschlag gebrachten, das Nabel nur vergrößert werden würde. Mit einer Besserung dieses gesellschaftlichen Auswuchses müßte auf ganz anderer Seite angefangen werden. Immerhin, meinte er schließlich, wolle er dem Wünsche der Herren Gottesmänner Rechnung tragen und die Vorlage dem Parlament unterbreiten. Wenn die heuchlerische Gesellschaft nur vor der eignen Thüre fegen wolle, da ist Schamus genug. Es gebot hier keineswegs zur Seltenheit, daß Pfaffen öffentlich des Ehebruchs überführt, oder wegen solchen vor der geistlichen Ueberführung schuldig werden.

Weiter kann ich aus dem „Paradiese der Arbeiter“, wie die hiesige Presse Australien so gerne bezeichnet, berichten, daß sich in der Schneiderei ein „Schwitz-System“ eingekegelt hat, das aller Beschreibung spottet und sehr wohl mit Cali-London zu vergleichen ist. Wohl war darüber schon mancher Ruf in die Öffentlichkeit gedrungen, aber alle sind unerbötter verhallt, bis sich endlich die Trades-Union der Schneider der Sache mit Eifer annahm. Eine Kommission wurde eingesetzt, die Zustände zu untersuchen und förderte in kurzer Zeit haarsträubende Dinge zu Tage. Die Opfer gehören hauptsächlich dem weiblichen Geschlecht an: verheiratete Frauen, Wittwen, Mädchen. So stellte sich heraus, daß die größten Firmen an diesem schmutzigen Handel theilgenommen. Natürlich alles Handarbeit, alles Stückarbeit. Preise sind bezahlt worden, daß einem Menschen, der nur einen Funken Ehrgefühl besitzt, die Schamröthe in's Gesicht treten müßte. Der Verdienst dieser Armen variierte von 4 Sch. 6 Pce. bis 12 Sch. die Woche. In einer öffentlichen Versammlung in der Melbourne-Town-Hall, einberufen von der Schneidergewerkschaft und unter Vorsitz des Mayors von Melbourne, wurden die Ergebnisse der Untersuchung zur Kenntnis des Publikums gebracht, die Anklagen unter donnerndem Applaus der glühend besetzten Versammlung unermüdlich gekehrt. Die Herren Ausbeuter haben eine heillos Angst bekommen. Viele haben die Preise von selbst erhöht, Andere haben die Handarbeit aufgegeben, ans Stück, öffentlich gebräutmarkt zu werden. Die Revolutionen, welche in der Versammlung gefloht und von einflussreichen Politikern unterstützt wurden, lassen an Stärke nichts zu wünschen übrig. Die Handarbeit soll gänzlich abgeschafft oder bis auf ein Minimum beschränkt werden, und wo letzteres der Fall, sollen die Arbeiterkosten registriert und unter das Fabrikgesetz gestellt werden. Andererseits sollen die Arbeitgeber gehalten sein, Löhne zu zahlen über die Arbeitspreise, welche sie den Arbeitern als Stücklohn zahlen. Hoffentlich wird das Parlament die Resolution in demselben Sinne und Geiste sanktionieren.

**Aufforderung.**  
Der Klein Schmidt H. Schläffer, früher Fabrikant in Kopenhagen, jetzt in Berlin, wird hiermit öffentlich aufgefordert, die ihm i. J. anvertrauten und auf sein schriftliches Ehrenwort vom 21. Jan. d. J. bisher getreu gebliebenen Gelder ungekürzt zurückzuführen.  
Nach Annahmeverweigerung des letzten Eingelieferten unserer Besatzung in der Sache, sind wir zu diesem Vorhaben gezwungen und werden über den Erfolg dieser Aufforderung gleichfalls öffentlich berichten.  
Kopenhagen. Die deutsche Lesegesellschaft.

**Für die gemäßigtesten Streiker in Hamburg**  
sind uns zur Uebermittlung fernere zugegangen:  
Dattier in Nr. 29. Nr. 1549.45  
Gesammelt vom „Deutschen sozialdemokratischen Leseklub“ in Paris Fr. 20. — Nr. 1508.45

**Briefkasten**  
Der Expedition: A. Sign. Constante: Sh. 15.10 per Abon. Rest 30 u. Scht. erh. Hl. mehr. — Sampson Low & Co. Ltd.: 7 Ps. f. Scht. erh. — Brauer Wer: Nr. 24.60 Ab. 3. Cu. x. erh. Reklamirter unterwegs. — Khr. Teufel: Naar. v. 29/7 erh. Hl. am 1/8 Weiteres. — X. 3. V.: Die praktischen Folgen widerlegen Ihre Theorie. Schreiben mußten Sie ohne daß, ob Sie dann sagen statt „einige“ — die und die Nummern fehlen, bleibt doch die gleiche Arbeit. Das weiter Ausgeführte hat damit nichts zu thun. Gräß! — Dantze: Vergessen Sie nicht, daß viele „Hungrige“ an unsrem Tische sitzen, denen Ihr Zwangsmaße bei uns den Dissen schmälert. Hoffentl. entwickelt sich Ihr neues Terrain besser als das alte zum — Goldland. Gräß! — Rother Seidel: Nr. 1500. — a Cto. Ab. u. Scht. erh. Verfl. folgt. — Mann vom Bolke: Nr. 25. — a Cto. Ab. x. erh. u. Weiteres vorgemerkt. Fr. v. 30/7 hier. Ihre Kombinationen sind absolut irrig was uns anlangt. Die durch uns veranlaßte Offerte haben Sie also zurückgewiesen? Wir bedauern, keine andere Abhilfe zu wissen. — Esterstrand: Nr. 6.20 per Gr. notiz u. Abdr. eingereicht. J. B. anlangend werden Remedat schaffen. Vergessen Sie nicht, daß auch wir Verpflichtungen haben. Außerdem sind Sie nicht die Einzigen, deren Forderungen pünktlicher eintreffen, als das Verprochene. Das hat übrigens Alles mit unrem Vertrauen zu Ihnen nichts zu thun. Gräß indessen! — Cds. Schum. Cincinnati: P. R. v. 22/7 erh. Da hatten wir also Recht. — Ferrum: Nr. 15. — per Ab. 3. Cu. gutgebr. u. Hl. am 2/8 Weiteres berichtet. In Rücksicht der Verhältnisse darf Ihr „Später“ keinesfalls durch neue triftige Gründe weiter verschoben werden. Gräß! — Glas-Lida: Wvl. 2. — f. Scht. erh. u. Scht. am 2/8 bewirkt. — G. B. Brüssel: Naar. v. 31/7 Hl. zur Kenntnis genommen. Weiter. a Cto. bereits hier. — Donnersberg: Bf. v. 30/7 erh. u. Hl. am 1/8. An L. geht längst nichts mehr. — Weichen: Nr. 20.15 per Gr. Cto. A. gutgebr. Auf Verprochens Datum unverzüglich. Dtschrit. unterwegs. Was ist P. von Bern? — G. Sign. hier: Sh. 2. — Ab. 3. Cu. erh. — J. P. Olg.: 77 fr. f. Scht. erh. — Vorteg: Nr. 800. — a Cto. Ab. x. erh. Hl. Weiteres. — London: Sh. 1. — Ertrag einer Wette durch Sch. per Hl. Hl. erh. — Pharoos: Wvl. v. 3/8 folgt nach Wunsch. Hl. mehr. — Dsch. soj. Leseklub in Paris: Fr. 20. — nach Wunsch zu Lasten Ihres Konto an Hdg. überweisen u. Hl. Hl. besorgt. — Roia: Fr. v. 22. 29/7 u. 2/8 erh. Erwitere Hl. erledigt. fdd. x. hier. Hl. schweigt noch immer. — A. E. Ddn: Fr. 10. — a Cto. Ab. x. erh. u. Weiteres erwartend. — R. H. J. in B.: Wvl. 1. — f. Scht. erh. u. Scht. bewirkt. — Hergl III.: Wir nehmen Akt von Ihrer Zulage. Sie irren übrigens und werden Hl. hören, was weiter. — Steinecke: Nr. 46. — pr. Gr. gutgebr. u. Weit. am 6/8 Hl. berichtet. Gräß! — Schelbe: Nr. 60. — für Berlegtes auf Konto D. erh. und geeigneten Ortes angefolgt. Dant u. Gräß! — J. B. Brüssel: Fr. 26. — a Cto. Ab. u. Scht. f. R. Sch. erh. u. pr. B. R. Advokates vorgemerkt. — B. Hoffm. London: Wvl. 1. — a Cto. S. u. Scht. erh. — G. A. B. B. London: Wvl. 3. — pr. Jaffo i. R. a Cto. Ab. x. gutgebr. — Dantze: Nr. 100. — a Cto. Ab. x. u. Nr. 92.20 pr. Gr. gutgebr. Das Weitere haben auch wir vorgelesen. Gelegenheit mehr darüber. — Schippe: Fr. folgen, sobald verhandfertig. Abdr. geordnet. Hl. das Gemünkte. — Weister Ungleich: Verfahre nach Vorschrift v. 4/8. und gewärtigen Advokates. Gräß. — Rouchard Järich: Du bist dem Schnaps zu Raub und Frommen bei dem „Revolver“ angekommen? In der Verklärung und Schutlere sagst du den Fiel frank und frei.

**London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein**  
49 Tottenham Street.  
Samstag den 9. August, Abends 9 Uhr  
Außerordentliche Generalversammlung.  
Wichtige Angelegenheiten.  
Samstag den 16. August  
Vortrag von Bgr. Lehner  
über  
Politische und sozialökonomische Propaganda der Arbeiter-Klasse.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Das Komitee.  
Im Buchhandel augenblicklich vergriffen, bei uns sowie der Schriftleitung in Paris noch zu beziehen:  
Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Hft. 9. —  
„ II. „ 8. —  
Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:  
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats.  
Von Friedrich Engels.  
Preis 1 Mark.

**Die Icarier in Nord-Amerika.**  
Eine Warnung vor kommunistischen Kolonialrückungen.  
Von A. Depner.  
Preis: 40 Pfg. — 50 Cts.  
**Neues Wintermärchen.**  
Preis: 25 Pfg. — 30 Cts.  
**Als Agitationsbrochure**  
empfehlen wir  
**Der Kleinbürger**  
und die  
**Sozialdemokratie.**  
Ein Mahnwort an die Kleingewerbetreibenden.  
Von Johann Most.  
Preis 40 Pfg. — 50 Cts.  
E. Bernstein & Co.  
114 Kentish Town Road London NW.  
Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co.  
Kentish Town Road 114 London. N.W.